

Mitteilung des Senats

vom 27. Juni 1916.

Inhaltsverzeichnis.

1. Weiterer Ausbau der Außenweser	S. 641.
2. Verzicht auf die auf dem Grundstück der Firma G. Seebeck A. G. in Bremerhaven ruhende Grunddienstbarkeit	" 643.
3. Austausch von Grundflächen an der Hastedter und Sebaldsbrüder Heerstraße	" 647.

1. Weiterer Ausbau der Außenweser.

Die Deputation für die Unterweserkorrektur hat über den weiteren Ausbau der Außenweser den anliegenden Bericht eingereicht. Der Senat stimmt dem Antrage der Deputation zu und ersucht die Bürgerschaft, ihm beizutreten.

Bericht.

Anlage.

Durch Beschlüsse des Senats vom 24. April 1914 und der Bürgerschaft vom 6. Mai 1914 wurden für die Ausführung des von der Deputation vorgelegten Teilentwurfes für den weiteren Ausbau der Außenweser vom April 1914, soweit dessen Ausführung im Jahre 1914 beabsichtigt war, 6 800 000 M als weiterer Vorschuß Bremens bereit gestellt.

Nachdem Preußen und Oldenburg der Ausführung des Teilentwurfes zugestimmt hatten, wurden die Arbeiten sofort in Angriff genommen. Die vorgesehenen Neubauten konnten wegen des Krieges im Jahre 1914 und auch im Jahre 1915 noch nicht vollständig zur Ausführung gelangen. Obgleich die zur Unterhaltung der Fahrwinde und der vorhandenen Strombauwerke ausgeführten Arbeiten sich auf zwei Jahre, statt des im Kostenüberschlage angenommenen einen Jahres, erstreckt haben, haben infolge der durch den Krieg entstandenen Verzögerungen die bewilligten Mittel nicht allein für die beiden Baujahre 1914 und 1915 ausgereicht, sondern es standen von ihnen am 1. April 1916 noch rund 724 000 M zur Verfügung.

Da der Krieg noch fort dauert und eine Verständigung mit Preußen und Oldenburg über den dem weiteren Ausbau der Außenweser zugrunde zu legenden Entwurf noch nicht erreicht ist, so können außer den in Bestellung gegebenen und einigen weiteren notwendigen Anschaffungen von Geräten im Jahre 1916 nicht mehr als die zur Unterhaltung des bestehenden Fahrwassers durchaus erforderlichen Arbeiten zur Ausführung gelangen. Nach dem Bericht der Deputation zum Spezialbudget der Außenweserkorrektur für 1916 vom Mai 1916 belaufen sich die Ausgaben für 1916 auf 2 980 000 M. Abzüglich der 724 000 M, die am 1. April d. J. noch zur Verfügung standen, ist daher ein Betrag von 2 256 000 M neu zu bewilligen.

Die Deputation beantragt, diesen Betrag als weiteren Vorschuß Bremens bereit zu stellen und nimmt im übrigen Bezug auf den anliegenden Bericht des Bauamts vom 2. Juni 1916.

Im Anschluß hieran berichtet die Deputation über den Stand der Verhandlungen mit Preußen und Oldenburg folgendes:

Nachdem über den bremischen Entwurf vom Dezember 1913 im Januar 1914 Verhandlungen zwischen den technischen Kommissaren des Reichsmarineamts, Preußens, Oldenburgs und Bremens stattgefunden hatten, ohne daß eine Verständigung über den Entwurf erzielt worden war, wurde bremischerseits unter Berücksichtigung des Ergebnisses dieser Verhandlungen und auf Grund der inzwischen gemachten weiteren Erfahrungen ein abgeänderter und erweiterter Entwurf vom Juli 1914 aufgestellt.

Dieser Entwurf wurde der Preussischen und Oldenburgischen Regierung, sowie dem Reichsmarineamt überandt. Dabei wurde vorgeschlagen, daß wegen der durch den Krieg herbeigeführten zeitigen Unsicherheit der Grundlagen eines Tilgungs-

planes von Verhandlungen über die Finanzierung des neuen Entwurfes bis auf weiteres abgesehen und der Entwurf zunächst nur technisch geprüft und festgestellt werde.

Bei den im Januar 1914 zwischen den technischen Kommissaren stattgefundenen Verhandlungen über das bremische Projekt für den Ausbau des Wurster Arms und des Dwarzgatts kamen der preußische und der oldenburgische Kommissar auf den von ihnen bereits früher vertretenen Ausbau des Fedderwarder Arms zurück und empfahlen, diesen Arm für die Schaffung eines Hauptfahrwassers zu wählen, während der Kommissar des Reichsmarineamts für das bremische Projekt eintrat.

Zur weiteren Klärung der Streitfrage wurde bremischerseits noch ein eingehender Entwurf für den Ausbau des Fedderwarder Armes bearbeitet und dieser den beteiligten Regierungen zugestellt.

Die preußischen Minister teilten unter dem 8. Juli 1915 mit, daß ihre Bedenken gegen den an der Ausbildung des Dwarzgatts festhaltenden, erweiterten bremischen Entwurf nicht beseitigt seien. Bei dem weitaus überwiegenden Interesse, das Bremen an der Ausgestaltung des Fahrwassers der Außenweiser habe, müsse jedoch die Wahl des der Ausführung zugrunde zu legenden Entwurfes —, ebenso wie im Jahre 1906 — und damit die Verantwortung für die Arbeiten Bremen allein überlassen bleiben. Die Beteiligung Preußens an dem Unternehmen durch Übernahme irgend welcher weiterer finanzieller Verpflichtungen werde aber nicht für angängig gehalten. Auch das oldenburgische Ministerium ließ seine Bedenken gegen den Ausbau des Wurster Armes nicht fallen.

Unter diesen Umständen hielt die Deputation es für geraten, ein Gutachten hervorragender technischer Sachverständiger, die an der Sache unbeteiligt waren, einzuholen. Sie wandte sich zu dem Zwecke an die Herren Wasserbandirektor Geheimer Baurat Professor Bubendey in Hamburg, Geheimer Hofrat Professor Dr. ing. h. c. Engels in Dresden und Geheimer Marine-Baurat Moeller in Wilhelmshaven. Alle drei Herren erklärten sich bereit, ein Gutachten abzugeben, und haben dieses einstimmig im April 1916 dahin erstattet, daß sie den Ausbau des Fedderwarder Armes befürworten und über die Art dieses Ausbaues die grundlegenden Vorschläge machten.

Bevor die Deputation sich für einen der Ausführung zugrunde zu legenden Entwurf entscheiden und an Senat und Bürgerschaft berichten kann, muß auf Grund der in dem Gutachten gemachten Vorschläge ein genauer Entwurf für den Ausbau des Fedderwarder Armes nebst Kostenanschlag aufgestellt werden, dessen Bearbeitung durch unser Bauamt im Benehmen mit den Gutachtern etwa drei Monate Zeit beanspruchen wird. Die hierdurch entstehende Verzögerung fällt nicht ins Gewicht, weil der Ausbau wegen Mangel an Material und Arbeitskräften infolge des Krieges ohnehin in diesem Jahre nicht hätte in Angriff genommen werden können.

Bremen, den 26. Juni 1916.

Die Deputation für die Unterweiserkorrektur.

(gez.) Stadtländer. (gez.) Achelis.

Unteranlage 1.

Bericht des Bauamts, betreffend den weiteren Ausbau der Außenweiser.

Im diesjährigen Budgetbericht ist bereits darauf hingewiesen worden, daß der Rest von rund 700 000 M., der am 1. April 1916 noch von den im Jahre 1914 für den weiteren Ausbau der Außenweiser bewilligten 6 800 000 M. zur Verfügung stand, nicht ausreichen werde, um die im Jahre 1916 entstehenden Ausgaben zu decken, und daß daher die Bereitstellung weiterer Mittel zu beantragen sei.

Über die Verwendung der von den 6 800 000 M. verausgabten Beträge gibt die anliegende Zusammenstellung Aufschluß.

Die Mehrausgaben der Positionen 2, 4, 8, 9 und 10 haben hauptsächlich ihren Grund darin, daß der Kostenüberschlag nur für 1 Jahr aufgestellt war, während die Ausgaben sich auf zwei Jahre erstrecken. Bei Position 2, Unterhaltung

der vorhandenen Stromba
daß infolge eingetretener
bedeutend härteren Angrif
daher besonders hohe, nich
Die Minderungsge
infolge des Krieges entfiel
Von der bewillig
für Geräte und Fahrzeug
noch rund 724 000 M.
Die Ausgaben fi
veranschlagt, von denen
Die Bereitstellung
nicht bei Senat und Bü
Bremen, den 2.

Ansgaben

Position

- 1) Strombauwerke.
- 2) Unterhaltung der vorhandenen Stromba
- 3) Versuche mit Strom
- 4) Baggerungen.
- 5) Anlagen für die Unterhaltung der Zu den Forts Land und II
- 6) Geräte und Fahr
- 7) Nebenanlagen .
- 8) Verstärkungsan
- und Ersatz von an ihnen
- 9) Vermessungen, B und Strombeobac
- 10) Banleitung . . .
- 11) Fehlbetrag von 1
- 12) Unvorhergesehenes

Sum
Ausga

Am 1. April 1916 ver
Bremen, den 2.

2. Verzicht auf die
Bre
über diesen G
bezüglichen Bericht er
nimmt, ersucht er die

der vorhandenen Strombauwerke, kommt als Grund für die Mehrausgabe hinzu, daß infolge eingetretener Änderungen des Stromes die Werke auf Westeverland in bedeutend stärkeren Angriff durch Strömung und Wellenschlag gekommen sind und daher besonders hohe, nicht vorhergesehene Ausbesserungskosten erfordert haben.

Die Minderausgaben sind hauptsächlich durch die Verzögerung der Arbeiten infolge des Krieges entstanden.

Von der bewilligten Summe von 6 800 000 M., darunter 3 330 000 M. für Geräte und Fahrzeuge, standen nach der Zusammenstellung am 1. April 1916 noch rund 724 000 M. zur Verfügung.

Die Ausgaben für 1916 sind in dem Budgetentwurf auf 2 980 000 M. veranschlagt, von denen 1 411 720 M. auf die Anschaffung von Geräten entfallen.

Die Bereitstellung der fehlenden 2 256 000 M. als weiteren Vorschuß Bremens wird bei Senat und Bürgererschaft zu beantragen sein.

Bremen, den 2. Juni 1916.

(gez.) **Deltjen,**
Staatsbaurat.

**Ausgaben für den Fonds: „Korrektion der Außenweiser“
in den Baujahren 1914 und 1915.**

Unteranlage 2.

Position	Kosten- überschlag für das Baujahr 1914	Ausgaben in den Baujahren 1914 u. 1915	Mehr- ausgaben	Minder- ausgaben
	M.	M.	M.	M.
1) Strombauwerke	1 278 601	962 338	—	316 263
2) Unterhaltung der vor- handenen Strombauwerke	70 000	368 679	298 679	—
3) Versuche mit Sinkbüschen	12 000	14 740	2 740	—
4) Baggerungen	918 000	1 818 124	900 124	—
5) Anlagen für die Offen- haltung der Zufahrt zu den Forts Langlütjen I und II	360 000	—	—	360 000
6) Geräte und Fahrzeuge . .	3 330 000	2 065 264	—	1 264 736
7) Nebenanlagen	81 500	10 385	—	71 115
8) Verstärkung an den Werken und Ersatz von Schäden an ihnen	100 000	274 034	174 034	—
9) Vermessungen, Peilungen und Strombeobachtungen	60 000	121 245	61 245	—
10) Banleitung	75 000	179 174	104 174	—
11) Fehlbetrag von 1913 . .	225 000	237 021	12 021	—
12) Unvorhergesehenes	289 899	24 960	—	264 939
Summa	6 800 000	6 075 964	1 553 017	2 277 053
Ausgaben	6 075 964	—	Mehrausgabe	1 553 017
Am 1. April 1916 verfügbar	724 036	—	—	724 036

Bremen, den 2. Juni 1916.

Das Bauamt für die Unterweiserkorrektur.

(gez.) **Deltjen,**
Staatsbaurat.

**2. Verzicht auf die auf dem Grundstück der Firma G. Seebeck & G. in
Bremerhaven ruhende Grunddienstbarkeit.**

Über diesen Gegenstand hat die Deputation für die Unterweiserkorrektur den beifolgenden Bericht erstattet. Indem der Senat dem Antrage der Deputation zustimmt, ersucht er die Bürgererschaft, ihm beizutreten.